

Erklärung der DPG zur Rede des Präsidenten Abbas

Die schnell verbreitete Nachricht über die Rede von Präsident Abbas, hat uns veranlasst, eine schnelle Presseerklärung zu verfassen. Nach einem direkten Kontakt mit dem Berater des Präsidenten und ehemaligen Botschafter Abdallah Frangi und nach Anhören der auf YouTube zur Verfügung gestellten Rede stellen wir fest, dass die Sätze, die uns veranlasst haben, Abbas zu kritisieren, nicht gefallen sind. Wir entschuldigen uns für die zu schnelle Reaktion und weisen auf die Stellungnahme der palästinensischen Botschafterin Dr. Khouloud Daibes hin.

PS: Wer arabisch kann oder Freunde hat, die des arabischen mächtig sind, der kann sich selbst ein Bild vom gesprochenen Text machen!

Hier das Video in der arab. Originalfassung:

https://www.youtube.com/watch?v=C5AVD64_hEM

Weitere Information

03.05.2018 15:31

Botschafterin Dr. Daibes:

Medienkampagne gegen Präsident Abbas ist völlig unakzeptabel

Während wir Palästinenser des 70. Jahrestages der NAKBA, 50 Jahre Besatzungs- und Siedlungspolitik Israels und der mehr als seit 10 Jahren andauernden Blockade des Gaza-Streifens gedenken, fährt die Presse eine beispiellose Kampagne der Diffamierung und Verleumdung. Das ist völlig unakzeptabel und schadet den Friedensbemühungen all jener, die sich für einen dauerhaften Frieden in der Region engagieren.

Ziel dieser Kampagne ist Präsident Abbas, der vor dem Palästinensischen Nationalrat am 01. Mai in Ramallah eine lange Rede gehalten hat. In dieser zweistündigen Rede gibt er weder den Juden die Schuld für den Holocaust noch verleugnet er diesen. Auch in der Vergangenheit hat er dies nicht getan.

Präsident Abbas sprach sich gegen den Missbrauch der Religion für politische Ziele aus, die darauf zielen, das palästinensische Land zu besetzen, um die Besatzung zu verfestigen und dauerhaft anzulegen. Immer wieder warnte Präsident Abbas davor, den lösbaren politischen Konflikt in einen Religionskrieg zu verwandeln.

Mehrmals betonte er in seiner Rede seinen Respekt für alle monotheistischen Religionen – auch ausdrücklich für das Judentum. Präsident Abbas sprach sich für den friedlichen Widerstand gegen die Besatzung aus, verwies auf seine fortgesetzte Bereitschaft für Verhandlungen zur Schaffung der zwei Staaten, die in Sicherheit und Frieden miteinander existieren sollen.

Die Medienberichterstattung über seine Rede ignoriert diese Fakten. Sie ist weder sachlich noch entspricht sie journalistischen Grundsätzen. Seine eigenen Aussagen wurden mit einigen Zitaten jüdischer Historiker, die er offen gekennzeichnet hat, sich aber keinesfalls zu eigen machte, vermischt.

Bei der aktuellen Medienkampagne gilt es genau hinzusehen: Ein solches Ablenkungsmanöver wird von jenen initiiert, die schwerste Verstöße der israelischen Regierung gegen das Völkerrecht – und das sind bspw. 45 getötete friedlich protestierende Palästinenser und 6.798 Verletzte seit dem 30. März im Gaza-Streifen – weiter rechtfertigen und so ihre Augen vor der Realität verschließen wollen. Systematisch verleugnet die israelische Regierung seit Jahrzehnten unsere nationalen Rechte und grundlegenden Menschenrechte.

Es ist an der Zeit, den Umgang mit Israel als einem Land, dass sich über dem Gesetz stehend fühlt, zu stoppen und es für seine systematischen Verletzungen des Völkerrechts und der Rechte unseres Volkes zur Verantwortung zu ziehen. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit des Engagements der internationalen Gemeinschaft mit Blick auf Frieden und Gerechtigkeit in der Region. In den vergangenen 70 Jahren hat Israel sein eigenes Fortbestehen durch Kolonialismus und Gewalt auf Kosten des palästinensischen Volkes, seiner Rechte, seines Landes und seiner Ressourcen gesichert. Diesen Fakten sollte sich die Medienberichterstattung nicht länger verschließen - auch das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Dr. Khouloud Daibes
Botschafterin

DPG- Beiratsmitglied Dr. Aref Hajjaj
Abbas' Rede: hoffentlich das letzte Kapitel

Es ist gut, dass Präsident Abbas sich für seine missverständliche, zum Teil auch von Netanjahu und den Medien arg missinterpretierte Rede über die Juden entschuldigt hat. Andernfalls würde die Israel-Lobby seine dort geäußerten Ansichten Monate lang zu ihrem Gunsten erfolgreich instrumentalisieren. Die Erforschung der Ursachen des Antisemitismus sollte im Kerngebiet seiner Entstehung, in Europa also, bewerkstelligt werden. Palästina, das sei klar und deutlich gesagt, hat wahrlich ganz andere, bedrückend schwere Aufgaben zu bewältigen. Außerdem sollte die Befassung mit solchen diffizilen Geschichtsthemen den Fachleuten, genauer den Neuzeit-Historikern, überlassen werden.
Aref Hajjaj